



**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

**VGSD e.V.**  
**Alzheimer Eck 13**

**80331 München**

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021**

Sehr geehrter Herr Dr. Lutz,

29. Juli 2021

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

### **1. Die Corona-Krise hat beispielhaft gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen und Unternehmen bis 10 MA in Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Regierungsbeauftragten? Wie wollen Sie alternativ für ein besseres Verständnis sorgen?**

Grundsätzlich sind Beauftragte, die über Kompetenz in einem bestimmten Bereich verfügen, sehr sinnvoll. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Besetzung dieser Funktionen nicht politisch, sondern nach Qualifikation erfolgt und die Beauftragten auch Gehör finden bei der politischen Entscheidung und nicht nur Alibifunktion haben.

Wünschenswert ist sicherzustellen, dass bspw. im Wirtschaftsministerium entsprechende fachliche Kompetenz dauerhaft vorhanden wären. Des Weiteren muss sichergestellt werden, dass bei entsprechenden Fragestellungen aus verschiedenen Ministerien dort vorhandene Kompetenzen auf geeignete Art an der Lösungsgestaltung beteiligt werden.

### **2 Gesetzlich kranken- und pflegeversicherte Selbstständige zahlen aufgrund hoher Mindestbeiträge und einer im Vergleich zum Bruttoeinkommen mind. 20% höheren Bemessungsgrundlage sehr viel höhere Beiträge als Angestellte und deren Arbeitgeber. Wann und wie wollen Sie diese Ungleichbehandlung beenden?**

Die Piratenpartei Deutschland strebt eine solidarische Krankenversicherung an, in die alle einzahlen, Beamte sowie Menschen, die beim Verdienst/Lohn oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Und zwar in der Höhe der tatsächlichen Einkommen, nicht fiktiver Werte. Für die Pflegeversicherung kann das selbe gelten.

#### **Bundesvorstand**

Sebastian Alscher  
Markus Barenhoff  
Frank Grenda  
Stefano Tuchscherer  
Joachim Rotermund  
Manuel Wolf  
Wolf Vincent Lübcke  
Detlef Netter  
Andreas Lange

Mail:  
[vorstand@piratenpartei.de](mailto:vorstand@piratenpartei.de)

#### **Bundesgeschäftsstelle Piratenpartei Deutschland**

Telefon:  
+49 30 2757 2040  
Telefax:  
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:  
GLS Gemeinschaftsbank eG  
IBAN:  
DE36 4306 0967 7006 0279 00  
BIC:  
GENODEM1GLS

[www.piratenpartei.de](http://www.piratenpartei.de)

**3 Wie stehen Sie zur Einführung eines Altersvorsorgedepots, das in anderen Ländern eine kostengünstige Anlage in Investmentfonds und ETFs ermöglicht und in gewissem Umfang pfändungs- und insolvenzicher wäre? Vielen Selbstständigen hätte das in der Corona-Krise sehr geholfen.**

Solange dies staatlich gemanagt wird und mit der Verwaltung keine Profitinteressen der Emittenten bedient werden, kann dies eine sinnvolle Ergänzung sein.

**4 Bei dem geplanten Lobbyregister sollen Lobbyisten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und weitere wie Kirchen von der Eintragungspflicht ausgenommen werden, obwohl diese Institutionen in großem Umfang Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Wie stehen Sie zu diesen Ausnahmen?**

Negativ. Ein aussagekräftiges Lobbyregister muss jegliche Kontakte der Politik transparent darstellen.

**5 Die Regulierung der PKV führt dazu, dass die Versicherten immer wieder mit hohen Beitragssprüngen konfrontiert sind. Angenommen, eine Bürgerversicherung und damit die Ablösung der PKV lässt sich nicht durchsetzen: Wie wollen Sie PKV-Beiträge berechenbarer machen und deren Anstieg begrenzen?**

Die Einführung der PKV war ein Fehler. Gesundheit ist keine Ware und darf niemals in Verbindung mit Gewinnerzielungsinteressen gesehen werden. Wer dennoch Leistungen in Anspruch nehmen möchte, die über denen der gesetzlichen Krankenkasse liegen, sollte dies zusätzlich zur Bürgerversicherung machen können. Das Risiko, dabei mit zunehmendem Lebensalter aufgrund eines steigenden Krankheitsrisikos erhöhte Beiträge zahlen zu müssen, muss gedeckelt werden können.

**6 Es sind oft Bund, Länder, Kommunen u.a. staatsnahe Organisationen, die zu niedrige Honorare festlegen, sei es bei der direkten Beauftragung von Selbstständigen, bei Ausschreibungen oder in Gebührenordnungen (etwa Hebammen, Dolmetscher). Was werden Sie konkret tun, um Verbesserungen herbeizuführen?**

Hier ist es angemessen, zuerst einmal einen Mindestlohn zumindest bei den Unternehmen als Voraussetzung zu nennen, der bei dauerhaftem Bezug das Abrutschen in die Altersarmut verhindert. Diesen sehen wir aktuell bei € 15,81. Allgemein gehen wir davon aus, dass mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Gebührenordnungen derart angepasst werden, dass sie den Bedürfnissen in den angesprochenen Sparten entsprechen müssen.

**7 Selbstständige, die freiwillig arbeitslosenversichert waren, haben in der Corona-Krise kein Kurzarbeitergeld erhalten und wurden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Versicherten benachteiligt. Welche Veränderungen planen Sie in Bezug auf Freiwilligkeit, Beitragsberechnung und Leistungen?**

Kurzfristig sind die Regelungen zum Kurzarbeitergeld den tatsächlichen, in der Pandemie zutage getretenen, Bedürfnissen anzupassen. Generell streben wir bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens eine prinzipielle Einbeziehung aller Einkommen in die

Berechnung des Beitragssatzes an. Dann wäre sichergestellt, dass wer einzahlt, auch tatsächlich Anspruch auf Auszahlung hat.

**8 Eine von unserem Mitglied Vera Dietrich initiierte Gesetzesreform soll den Abmahnmissbrauch eindämmen. Sind die beschlossenen Maßnahmen ausreichend? Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie? Wie stehen Sie zu dem von uns vorgeschlagenen Online-Melderegister für Abmahnungen?**

Auch die neuen Regeln sind aus unserer Sicht nicht hinreichend, um einen tatsächlichen Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten. Daher fordern wir eine grundlegende Reform des Abmahnwesens, welche ein Verbot von Massenabmahnungen beinhaltet, eine Deckelung der Kosten für abgemahnte Privatpersonen sowie die Beweislast bei solchen Mahnverfahren grundsätzlich beim Abmahnenden an zu siedeln. Ein wie vorgeschlagenes Online-Melderegister ist grundsätzlich mit den Werten der Piratenpartei vereinbar, sofern dort keine schützenswerten Daten veröffentlicht werden.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Piratenpartei Deutschland  
Thomas Ganskow  
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine